

Die Befürworter spannen zusammen

STIPENDIENGESETZ Vertreter der bürgerlichen Parteien engagieren sich gemeinsam für eine Annahme. Unter anderem argumentieren sie, die Vorlage mache es möglich, Gelder gezielter zu verteilen.

von David Koller

«Wer tatsächlich auf Ausbildungsbeiträge angewiesen ist, erhält heute oft wenig oder gar keine Unterstützung.» So lautet das Fazit von Kantonsrätin Angela Pfäffli-Oswald (FDP, Grosswangen) zum aktuellen Luzerner Stipendiengesetz aus dem Jahr 2002. Dieser Missstand werde durch die umfassende Revision korrigiert, über welche die Bevölkerung des Kantons am 18. Mai abstimmt.

Auch Gegner attestieren dem revidierten Gesetz, grundsätzlich kämen dadurch wirklich Bedürftige eher zum Zug. Dennoch bläst der Vorlage momentan ein garstiger Wind entgegen. Verantwortlich dafür ist unter anderem der Konkurs der EduPreneurs AG (siehe Kasten rechts). Um Gegensteuer zu geben, hat sich nun ein überparteiliches Komitee gegründet. Es handle sich dabei um einen «bürgerlichen Schulterschluss», sagte CVP-Parteisekretär Rico de Bona am Mittwoch anlässlich der Vorstellung der Gruppierung vor den Medien. Vertreten sind darin Angehörige von CVP, FDP, GLP und SVP sowie drei Jungparteien.

Bauernsohn und Ärztetochter

«Der Bauernsohn aus dem Luzerner Hinterland soll genauso die Möglichkeit zum Studieren haben wie die Ärztetochter aus dem Luzerner Bellerive-Quartier», sagte Kantonsrat Adrian Bühler (CVP, Eschenbach). Dies sei die Hauptaufgabe eines jeden Stipendiengesetzes. Mit dem heutigen Regelwerk indes käme es vor, dass «Personen von kantonalen Ausbildungsbeiträgen profitieren, obwohl ihre Eltern mehr als 200'000 Franken verdienen». Das dürfe nicht sein. «Wenn der Staat den Lebensunterhalt der Ärztetochter finanziert, haben wir es mit einem Systemfehler zu tun.» Das neue Gesetz merze diesen Fehler aus. Überdies würden bei einer Annahme die Beiträge nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien berechnet.

Auch Bühlers Ratskollege Markus Baumann (GLP, Luzern) hob hervor,



Setzen sich gemeinsam für das neue Luzerner Stipendiengesetz ein (von links): Barbara Lang (SVP), Adrian Bühler (CVP), Angela Pfäffli (FDP), Maurus Zeier (JFDP) und Markus Baumann (GLP). Foto David Koller

mit dem neuen Gesetz würden die Ausbildungsbeiträge gezielter jenen zukommen, «die tatsächlich darauf angewiesen sind». Neu gilt der Grundsatz: Weniger erhalten mehr. «Das durchschnittliche Stipendium dürfte von 5400 auf 6700 Franken steigen, das durchschnittliche Darlehen von 2900 auf 5400 Franken.» Der Unterschied zwischen den beiden liegt darin, dass Studierende Darlehen nach einer gewissen Zeit seit Abschluss der Ausbildung zurückzahlen müssen. Bei Stipendien ist dies nicht der Fall.

Berufsbildung gleichstellen

Gegner kritisieren an der Vorlage insbesondere, dass fortan mehr Private Darlehen zur Verfügung stellen sollen. Das sei eine «Privatisierung der Ausbildung», monieren sie, der Kanton ziehe sich bei der Bildung aus der Verantwortung. Kantonsrätin Barbara Lang (SVP, Hellbühl) sieht es etwas anders: «Mit der neu geschaffenen Möglichkeit von Drittmitteln hat auch die Wirtschaft eine Massnahme, um konkret gegen den Fachkräftemangel anzukämpfen.» Mit diesem System könnten Unternehmen einzelne Berufsbildungen gezielt fördern.

Daneben betonte Lang, die Revision hebe «den in der Vergangenheit störenden Unterschied zwischen gymnasialer Matura und Berufsmatura» auf. Ins selbe Horn stiess der Präsident der Schweizer Jungfreisinnigen, Maurus Zeier (Luzern). Das eidgenössische Bildungssystem sei extrem flexibel geworden. Heute seien Karrieren möglich, in denen aus einem «Realschüler ein Universitätsabgänger» wird. Das Gesetz trage dieser Veränderung Rechnung.

«Konkurs hat keine Auswirkung»

Wie dramatisch ist der Konkurs der EduPreneurs AG nun wirklich? Adrian Bühler sieht darin kein grosses Problem: «Ein Jungunternehmen hat den Auftrag erhalten, Darlehen von Privaten zu vermitteln.» Das Unternehmen ist gescheitert, damit auch der Verein Studienakte.org. Doch das beeinflusse das Grundprinzip nicht. Zumal es in der Schweiz bereits heute «zwischen 800 bis 1000 Organisationen gibt, die Stipendien und Darlehen ausrichten». Sie würden ihre Gelder nach unterschiedlichen Kriterien verteilen.

Mit Blick auf den Kanton Luzern sei ohnehin anzufügen, dass dieser seine Verträge über eine allfällige Zusam-

menarbeit mit Privaten erst nach der Abstimmung abschliessen würde.

Rohstoff Bildung

Neben solch systemrelevanten Veränderungen würde das Gesetz auch einige unscheinbare Neuigkeiten mit sich bringen. Etwa den Online-Stipendienrechner. In den Augen von Maurus Zeier ein «kleines, aber nützliches Novum». Damit lässt sich über das Internet ausrechnen, ob Anspruch besteht. So erübrigt sich das lange Ausfüllen von Formularen, wenn im Vorhinein klar ist, dass kein Geld fliessen wird.

Trotz allen Annehmlichkeiten betonte Zeier, selber Student an der Hochschule Luzern: «Es darf nicht sein, dass ein Gesetz Anreize schafft, dass Studenten auf Staatskosten ein lockeres Leben führen.» Doch für Luzern mache er sich keine Sorgen: Die Revision sei lediglich eine «Anpassung an die Realität». Sie helfe mit, dass die Schweiz «als rohstoffarmes Land weiterhin erfolgreich bleibt».

Das Co-Präsidium «Ja zum Stipendiengesetz» setzt sich zusammen aus: Markus Baumann, Kantonsrat GLP; Adrian Bühler, Kantonsrat CVP; Tobias Käch, Präsident JCV Kanton Luzern; Barbara Lang, Kantonsrätin SVP; Anian Liebrand, Präsident JSVP Schweiz; Angela Pfäffli-Oswald, Kantonsrätin FDP; Die Liberalen; Maurus Zeier, Präsident JFDP Schweiz.

Gegner kritisieren Kommunikation

STIPENDIENGESETZ Die Gegner der Vorlage werfen Bildungsdirektor Reto Wyss eine mangelhafte Kommunikationspolitik vor. Die geplante Kooperation mit der EduPreneurs AG sei nach deren Konkurs gescheitert, hält das Komitee «Bildung für alle – Nein zum neuen Stipendiengesetz» fest. Der zur Firma gehörende Verein Studienakte.org hatte den Auftrag, private Investoren an Studierende zu vermitteln. Durch den Bankrott habe das Versprechen Schiffbruch erlitten, «die massiv erhöhte Ablehnungsquote – rund 65 Prozent bei prognostizierten 4000 Gesuchen im laufenden Jahr – durch private Darlehen abzufedern».

Offener Brief an Reto Wyss

Anfang April hätten die Jungen Grünen und die Grünen im Namen des Komitees «Bildung für alle» einen offenen Brief verfasst. Er enthält Fragen an Regierungsrat Wyss – mit der Bitte, diese noch vor der Abstimmung vom 18. Mai zu beantworten. Unter anderem wollen die Absender wissen, seit wann die Regierung über die finanziellen Probleme der EduPreneurs AG im Bilde war. Ferner, wie die Vermittlung von Darlehen fortan organisiert werde und ob eine Verschiebung der Abstimmung keine Option sei.

Obwohl die Zusammenarbeit mit der Firma im offiziellen Argumentarium des Kantons als relevante und ausdrückliche genannte Partnerschaft erwähnt ist, würden ihre Fragen ignoriert, monieren die Gegner. Und: «Diese Kommunikation ist der verantwortungsvollen Position des Regierungsrates nicht würdig.» Die Behörde habe den Konkurs «aus taktischen Gründen» nicht kommuniziert, lautet der Vorwurf. Das sei inakzeptabel. Insbesondere müsse die Bevölkerung wissen, wer im Fall einer Annahme des Gesetzes den Platz der AG einnehmen würde. «Denn ohne Ersatz muss das propagierte Luzerner Modell als hinfällig betrachtet werden.» dk.

Grösstes Windkraftwerk erfüllt die Erwartungen

ENTLEBUCH Das grösste Windkraftwerk der Zentralschweiz in Entlebuch hat im ersten Betriebshalbjahr die Erwartungen seiner Betreiberin erfüllt. Von Herbst bis Frühjahr produzierte es Strom für umgerechnet 320 Haushalte, wie die CKW gestern Donnerstag mitteilte.

Die Turbine wurde im September 2013 in Betrieb genommen. Danach war sie zu 98 Prozent der Zeit in Betrieb. Die CKW sind mit der Verfügbarkeit sehr zufrieden, wie es in der Mitteilung heisst.

Am meisten Strom produzierte das 120 Meter hohe Windkraftwerk auf der Anhöhe Lutersarni im November 2013. An windreichen Tagen würde innert 24 Stunden so viel Strom produziert, wie 4500 Haushalte in der Zeit verbrauchen würden.

Am wenigsten Strom lieferte die Windturbine im März. Zu der Zeit begann die Zugzeit der Fledermäuse. Für deren Schutz muss die CKW die Rotoren der Turbine zu bestimmten Zeiten abschalten.

Für die Anlage investierte die CKW rund fünf Millionen Franken. Das Windkraftwerk soll pro Jahr Strom für rund 600 durchschnittliche Haushalte liefern. sda

«Impulsgeber für die Region»

UMFAHRUNG WOLHUSEN

Anfang April konnte die IG Umfahrung Wolhusen das 300. Mitglied willkommen heissen. Mit einem Aufkleber will die IG Umfahrung ihr Anliegen weiter in die Öffentlichkeit tragen und dafür sorgen, dass das Ziel, die Umfahrung von Wolhusen, haften bleibt.

Thomas Arnold ist mit drei eidgenössischen Kränzen einer der erfolgreichsten Schwinger im Kanton Luzern und stellvertretender Geschäftsführer der Rottal Metz AG, Ruswil. Als Mitarbeiter eines lokalen KMU ist es für ihn von grosser Bedeutung, dass die Verkehrsverbindungen in der Region sowie von der Landschaft in die Agglomeration gut ausgebaut sind. «Seit der Eröffnung des Autobahnanschlusses Rothenburg beispielsweise merken wir deutlich, dass unsere Lieferautos viel besser vorwärtskommen. Das ist für unseren Service sehr wichtig und kommt unseren Kunden direkt zugute», sagt Arnold. Doch die Umfahrung Wolhusen ist aus Sicht des Kranzschwingers vor allem ein grosses regionales Anliegen. «Die Tourismusdestination Sörenberg ist für die Region und den ganzen Kanton Lu-



Josef Dissler, Leiter des Co-Präsidiums (links), begrüsst am Kreisel in Wolhusen Thomas Arnold, das 300. Mitglied der IG Umfahrung Wolhusen. Foto zvg

zern ein wichtiger Impulsgeber. Somit profitieren ganz viele von einer guten Verbindung ins Entlebuch.»

Der Wolhuser CVP-Kantonsrat Josef Dissler, Leiter des Co-Präsidiums der IG Umfahrung, liess es sich nicht nehmen, das 300. Mitglied der Interessengemeinschaft persönlich willkommen zu heissen. «Wir können auf Privatpersonen und Unternehmer aller Altersschichten und aus einem weiten Kreis für unser Anliegen zählen. Das spiegelt eindrücklich wider, wie breit der Wunsch nach einer verbindlichen Lösung für das Verkehrsproblem in Wolhusen abgestützt ist», so Dissler.

Ziel soll haften bleiben

Nach den intensiven Diskussionen auf politischer Ebene im vergangenen Jahr im Rahmen der Vernehmlassung zum Strassenbauprogramm 2015–2018 ist es der IG Umfahrung Wolhusen ein Anliegen, auch in diesem Jahr in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Die IG hat aus diesem Grund einen Aufkleber produziert und an die stets wachsende Anzahl Mitglieder versandt. Mit dem Aufkleber soll die Botschaft «Schluss mit Stau! Ja zur Umfahrung Wolhusen» auf eine Weise über die Region hinausgetragen werden, die haften bleibt. pd

Stipendien: LBV will Auskunft

STIPENDIENGESETZ Der Luzerner Bauernverband (LBV) hat sich noch nicht entschieden, ob er die Vorlage unterstützt. Gemäss einer Medienmitteilung gab an der Vorstandssitzung vor allem die Bezugsberechtigung zu reden. Die Absicht, zur Berechnung eines Anspruchs neu Nettovermögen und -einkommen zu berücksichtigen, benachteilige die Landwirtschaft. Dies dann, «wenn der Wert eines Hofes sowie die Rückstellungen für Ersatzbeschaffungen beim Reinvermögen mit in die Betrachtung fallen».

Um seinen Vorbehalt zu untermauern, wies der LBV auf Neuerungen beim Bezug von Prämienverbilligungen hin. «Hier gibt es wegen geänderter Verordnungen seit Kurzem weniger bäuerliche Berechtigte. Vor allem bei Kindern und jungen Erwachsenen.» Der Verband will vom Regierungsrat wissen, wie die konkrete Bezugsberechtigung für Stipendien gehandhabt wird beziehungsweise ob dieselbe Berechnung wie bei der Prämienverbilligung zum Tragen kommt. Erst nach der Antwort wird der LBV eine Parole fassen. dk.